

## AUSSPRACHE

Zum Thema:

„Lohn und Produktivitätsfortschritt“

Der Schriftleitung der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* gebührt Dank für den breiten Raum, den sie in ihren letzten Ausgaben den Fragen rund um das Lohnproblem eingeräumt hat. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften ist noch nie einer so andauernden Kritik unterworfen worden wie im Jahre 1962; die Fernseh- und Rundfunkansprache des Bundeswirtschaftsministers im März dieses Jahres bildete gleichsam den Startschuß zu einer Flut von Veröffentlichungen, in denen die Gewerkschaften jetzt in Bausch und Bogen für alle wirtschaftlichen Unbilden der letzten Monate verantwortlich gemacht werden. (Die Skala der Vorwürfe reicht dabei von der Schuld an den Aktienkursbewegungen bis zur Verursachung der Preissteigerung auf den Gemüsemärkten!) Um so notwendiger sind objektive Veröffentlichungen über die realen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, wie sie die *Gewerkschaftlichen Monatshefte* im März- und Aprilheft gebracht und im Juniheft weiter fortgeführt haben. Doppelt erfreulich, weil hier nicht nur Wirtschaftswissenschaftler und

Gewerkschafter zu Wort kommen, sondern auch Praktiker der Wirtschaft, wie z. B. *Walter Hesselbach*, dem als Vorstandsvorsitzenden der Bank für Gemeinwirtschaft doch wohl kaum vorgeworfen werden kann, nichts von den praktischen Bedürfnissen unserer Wirtschaft zu verstehen. Zu seinem Aufsatz über „Löhne und Preise in einer wachsenden Wirtschaft“ (Heft 6/1962) seien mir einige Ergänzungen erlaubt:

Hesselbach ist zweifellos zuzustimmen, wenn er die Produktivitätsförderung „eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik“ nennt, und auch seine Feststellung, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hier bisher versagt habe, entspricht leider nur zu sehr den Tatsachen. Darüber hinaus ist aber zu fragen, ob nicht auch die Gewerkschaften in der Bundesrepublik bereits dem unablässig angebeteten Götzen „Produktivität“ in ähnlicher Weise verfallen sind wie die privaten Unternehmer. Selbstverständlich braucht man über eine Binsenweisheit jener Art, daß nach Ausschöpfung aller Arbeitskraftreserven das Volkseinkommen nur noch durch Produktivitätssteigerungen wachsen könne, nicht zu diskutieren; aber die Frage ist, ob die Anstrengungen zur Produktivitätsverbesserung an der richtigen Stelle gemacht werden. Das bereits 1958 erschienene Buch „Gesellschaft

im Überfluß“ des amerikanischen National-ökonomen *Galbraith* ist bei uns bisher zu wenig beachtet worden, obgleich wir in wenigen Jahren den Zustand erreicht haben werden, den *Galbraith* für die USA schildert. Trotzdem werden weiterhin gewaltige Anstrengungen gemacht, um das siebenundzwanzigste Waschmittel auf den Markt zu bringen, das „weißer als weiß“ wäscht, um eine noch antibakteriellere Zahncreme als die schon vorhandenen 188 Sorten den Konsumenten einzureden usw. usw. Zur gleichen Zeit klagen die Krankenhäuser über unbesetzte Pfleger- und Schwesternstellen, fehlen der Post Tausende von Facharbeitern — denen aber Lohn-erhöhungen nicht gewährt werden sollen — und kürzt die Bundesregierung die Mittel für den Straßenbau, obgleich täglich mehr Kraftfahrzeuge hergestellt werden, die die zu engen Straßen weiterhin verstopfen. Diese Entwicklung muß auf die Dauer zu untragbaren Verhältnissen führen, wenn es nicht gelingt, dieses herrschende Tabu von der *alleinseligmachenden* Produktivität der *privaten* Wirtschaft in der Öffentlichkeit zu beseitigen und die *gesamtwirtschaftliche Produktivität* der Gemeinschaftsaufgaben der öffentlichen Meinung bewußt zu machen.

Den gewerkschaftlichen Presseorganen obliegt hier eine große Verpflichtung, zumal die gegenwärtigen Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht erwarten lassen, daß sich andere Stellen dieser Angelegenheit annehmen. Aber unsere Zukunft wird davon abhängen, ob eine Änderung der gegenwärtigen Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung noch rechtzeitig möglich ist.

*Ilse Trautwein, Bremen*

## Betrieb und Entwicklungshilfe

*Fritz Sternberg* stellt in seinem Aufsatz „Die Zukunft des freiheitlichen Sozialismus“ (GM 5/62, S. 257 ff.) die These auf: „Wir können nicht an Erfahrungen im Betrieb appellieren, wenn wir den Arbeitern und Angestellten sagen: Ihr müßt mehr für Indien tun ... Im Betrieb ... weist nichts darauf hin, in welchem Ausmaß die Entwicklungshilfe notwendig ist ... daraus ergibt sich die Notwendigkeit für entscheidende Umwandlungsprozesse in der sozialistischen Führung ...“ *Sternberg* fordert: Einer „Führerschaft, die gewillt ist, auch in dieser Frage zu führen“, kommt die Funktion zu, „den Massen das beizubringen, was sie *nicht* aus dem Betrieb mitbekommen“ (S. 264/265).

Da heute in der Arbeiterbewegung leider kein Mangel herrscht an denjenigen, die meinen, „kraft Sachverständes“ eine „Führerschaft“ beanspruchen zu können, besteht die Gefahr, daß die These von einem „entschei-

denden Umwandlungsprozeß der Führungskader“ nur zur Stärkung und Rechtfertigung der bürokratischen Kräfte in der Arbeiterbewegung dienen wird. Da *Sternberg* zwar in geschliffener Form die These vorgetragen hat, „im Betrieb lerne man nichts darüber“, in welchem Ausmaß eine Entwicklungshilfe notwendig ist, den Beweis für diese scheinbar offensichtliche Tatsache jedoch nicht geliefert hat, scheint es mir erforderlich, diese Voraussetzung seiner weitreichenden Schlußfolgerung in Frage zu stellen. Denn was für die Entwicklungshilfe gelten soll, müßte sicher auch für viele andere Fragen der „Politik“ gelten. Ist es dann überhaupt noch sinnvoll, in der Arbeiterbewegung an dem Prinzip innerverbandlicher Demokratie festzuhalten?

Der Betrieb hat mit der Frage der Entwicklungshilfe so wenig oder so viel zu tun wie mit dem, was wir heute „Politik“ nennen. Zwischen beiden Bereichen scheint eine Kluft zu bestehen. Nur noch selten, beispielsweise in der Frage der Krankenkassenreform, zeigte eine starke Bewegung, daß diese Trennung aufzuheben ist. Sonst aber scheint es so, als wölbe sich Politik wie ein ferner Himmel über den strengen Notwendigkeiten des Betriebes.

Wir sollten uns jedoch fragen: Ist dieser Zustand wirklich so neu? Hat nicht die Arbeiterbewegung seit ihrer Entstehung zwischen ökonomischer und politischer Bewegung unterschieden und immer wieder eine Vermittlung der beiden Bereiche versucht? Geht nicht auch *Lenins* so oft verhängnisvoll angewandte Theorie darüber, daß das politische Bewußtsein von „außen an die Arbeiter herangebracht“ werden müsse, von dieser Scheidung zweier Bereiche aus? *Sternbergs* Forderung, „den Massen das beizubringen, was sie *nicht* aus dem Betrieb mitbekommen“, steht in dieser Tradition. Schon aus diesem Grunde halte ich es für ungerechtfertigt, von einem „entscheidenden Umwandlungsprozeß der sozialistischen Führung“ zu reden.

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich zu fragen, inwieweit diese alten Antworten noch stimmen. Denn einmal müssen wir gleichlaufend mit der Zunahme der modernen Massenmedien auch eine Zunahme der Entpolitisierung feststellen. Die fortwährende politische Agitation, die hinsichtlich eines emotionalen Antikommunismus bis hin zur *Bild-Zeitung* zu finden ist, hat auch die Arbeitnehmerschaft abgestumpft. Die Schraube wurde gewissermaßen „überdreht“. Sodann stehen der Arbeiterbewegung meines Erachtens — trotz der großen Auflage der Gewerkschaftszeitungen — gar nicht die Massenmedien zur Verfügung, die erforderlich sind, um mit dem politischen Gegner auf diesem Gebiete zu konkurrieren, „um den Massen das beizubringen, was sie *nicht* aus dem Betrieb mitbekommen“. Und schließlich gibt es Strukturveränderungen im industriellen Großbetrieb, die es möglich ma-

eben, mit den der Gewerkschaftsbewegung im Betrieb zur Verfügung stehenden Mitteln vom Betrieb aus politische Fragen und damit auch die Frage der Entwicklungshilfe als Notwendigkeit sichtbar zu machen.

Die größere technische Ausbildung und das damit verbundene Selbstbewußtsein haben dazu geführt, daß die Arbeitnehmerschaft im modernen industriellen Großbetrieb nicht so ahnungslos ist, wie sie *Bild-Zeitungs*-Redakteure und einige Fernsehpezialisten gern haben wollen. Die Untersuchung über „Das Gesellschaftsbild des Arbeiters“ von *Popitz* u. a. hat gezeigt, daß man zwar ein konkretes Ziel in der Regel nicht zu formulieren vermag, daß aber sehr wohl ein realistisch kritisches Vermögen besteht, das Verhalten „der da oben“ zu beleuchten. Sodann haben sich in den modernen Betrieben die Formen der Zusammenarbeit gewandelt. Die Soziologen sprechen von „gefügeartiger Kooperation“ und meinen damit, daß an technisch sehr entwickelten Arbeitsplätzen die alte hierarchische Ordnung zurückgedrängt und die Position des Vorgesetzten verändert worden ist. Der Klassenkonflikt findet nicht mehr im Meister — der einst z. B. willkürlich entlassen und einstellen konnte — einen konkreten Ausdruck. Ein Großteil der Arbeitnehmer hat das verarbeitet und weiß, daß die Sicherheit des Arbeitsplatzes heute weniger von den Vorgängen im Betrieb selbst abhängt.

Von hier aus wächst das Vermögen, die Fragen der „Politik“ und damit auch das Problem der Entwicklungshilfe vom Betrieb aus zu verstehen. In dem Maße, in dem die Belegschaften der Betriebe erkennen, daß die Frage der Neuinvestitionen ihre eigene Existenz betreffen, beginnen sie auch zu fragen, von wem und nach welchen Gesichtspunkten diese Entscheidungen vorgenommen werden.

Hier wird die Frage, die auch das *Münchener Grundsatzprogramm* stellt, immer brennender, ob diese Planung weiterhin der Willkür der privaten Gewinninteressen überlassen bleibt oder ob die Neuinvestitionen nach den Erfordernissen der Gesellschaft und den konkreten Bedürfnissen demokratisch geplant werden. Im Zusammenhang einer demokratischen Planung der Neuinvestitionen wird auch die Frage der Entwicklungshilfe akut. Es geht — wenn die Frage so gesehen wird — nicht mehr um eine Entscheidung „der da oben“, sondern um die *Neuordnung der Gesellschaft*. Wenn in der Gewerkschaftsbewegung das Problem der Entwicklungshilfe in dieser Fragestellung behandelt wird, dann bedarf es keiner Manipulationen, durch die Lieschen Müller beeinflußt und verändert wird. Es verändert sich jedoch die Politik. Die Frage der Entwicklungshilfe wird vom „Ideenhimmel“ herunter in den Zusammenhang einer Politik gestellt, die die Arbeitnehmer in ihrer Existenz im Betrieb angeht.

Auch eine politische Partei kann, wenn sie die Entwicklungshilfe geschichtlich und gesellschaftlich für erforderlich hält, meines Erachtens nicht bei der isolierten und damit abstrakten und unverständlichen politischen Forderung nach Entwicklungshilfe stehenbleiben. Sie wird — sofern sie nicht zu einer politischen Praxis kommen will, bei der die Anhänger sagen: „Der Führer weiß schon“ — auch die Frage der Entwicklungshilfe in den Zusammenhang des Wettkampfes der Systeme rücken müssen, die eine demokratische Planung der Investitionen und damit eine Einschränkung und Veränderung der geltenden Tabus über das Eigentum notwendig macht. Sie wird, wenn es nicht zu einer Manipulation der Massen kommen soll, von einer scheinbar isolierten Frage der Politik ausgehend zeigen müssen, daß die Entwicklungshilfe mit in den Zusammenhang der Fragen gehört, die die Sicherheit des Arbeitnehmers im Produktionsprozeß betreffen, die nicht so sicher ist, wie es die Massenmedien vorgaukeln.

Eine derartige Politik, die entweder von den mittelbaren oder unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmerschaft ausgehend auf die politischen Fragen hinführt oder aber von einer konkreten politischen Erfordernis ausgehend auf die Interessen der Arbeitnehmerschaft zurückkommt, würde somit nicht nur die scheinbar unüberbrückbare Kluft zwischen Politik und Betrieb aufheben, sondern auch undemokratische Manipulationen und Beeinflussungen nicht nötig haben.

*Jürgen Seifert, Frankfurt*

## Zum Kapitel Vereinte Nationen

Obwohl ich mit dem Tenor und dem ganzen Inhalt des wohlinformierten Beitrags von *Helmut Bauer* über die Vereinten Nationen (Juniheft der GM) im Grunde einverstanden bin, möchte ich seinen Ausführungen etwas hinzufügen. Mir ist die Kritik, die reaktionäre Kreise in den Vereinigten Staaten an der Organisation üben (sie tun das nicht erst seit gestern) bekannt, aber es ist mir nicht bekannt, daß irgend jemand, der nicht ein Exzentriker ist, das Problem in der überspitzten Formulierung „Soll man denn die UNO retten?“ behandelt hätte. Bauer tut gut daran, dem Westen sein Sündenregister vorzuhalten, aber es muß überraschen, daß er in die Liste westlicher, an den Vereinten Nationen verübter Sünden nicht die *Suez-Affäre* aufgenommen hat, in deren Zuge Großbritannien und Frankreich an einem Tag zweimal im Sicherheitsrat das Vetorecht gebrauchten, dessen Verwendung durch die Sowjetunion von ihnen sonst mit Recht kritisiert wird. *Goa* ist ein sehr komplizierter Fall, und obwohl ich nicht zu denen gehöre, die das indische Vorgehen so ohne weiteres als Angriffsakt zu verurteilen

bereit sind, möchte ich doch der Meinung Ausdruck geben, daß im Falle Suez eine weit stärkere und eindeutige Mißachtung der Autorität der Vereinten Nationen zum Ausdruck kam.

Wenn aber Bauer sagt, es seien „westliche Pfeile“ gewesen, „die die UNO so empfindlich trafen“, so wird das von der Tatsache widerlegt, daß die Vereinten Nationen von allem Anbeginn an in ihrer Aktionsfähigkeit durch die Politik erst *Stalins* und dann *Chruschtschows* lahmgelegt wurden — das ist das entscheidende Faktum. Es mindert nicht z. B. die Schuld Südafrikas an der Unterminierung des Ansehens der Organisation, es schafft andere westliche Sünden nicht aus der Welt, doch liegt die Hauptschuld an der mangelnden Wirkungskraft einer Organisation, die auch mit diesen ihren Fehlern die einzige Hoffnung der Menschheit ist, ja doch in Moskau.

Bauer irrt auch, wenn er glaubt, die *United-for-Peace-Resolution* von 1950 saniere die Schäden, die der sowjetische Mißbrauch des Vetos anrichtet. Diese Resolution, die die Generalversammlung wirksam werden läßt, wo der Sicherheitsrat dank sowjetischer Sabotage versagt hat, lindert ein wenig deren Folgen. Aber die Generalversammlung kann nur Empfehlungen ausgeben. Bindend sind lediglich Beschlüsse des Sicherheitsrates. Es ist eine blutige Ironie, aber sie gibt den wahren Grund für den Marasmus an, an dem die Vereinten Nationen seit Anbeginn leiden: Sie haben das sowjetische Vorgehen im Falle *Ungarn* Jahr für Jahr verdammt und doch den für diese Politik am stärksten verantwortlichen Mann mit allen Ehren empfangen. Ohne westliche Fehler und Versäumnisse verkleinern zu wollen, sehe ich doch in dieser Zwiespältigkeit den wahren Grund, warum das Prestige der Vereinten Nationen so niedrig ist.

Es ist mir unbekannt, daß „bestimmte amerikanische Kreise“ (weiche?) „mit Hilfe des Vetos“ sogar die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten aus Afrika und Asien verhindern wollen. Es mag schon sein, daß irgendwo irgend jemand einen solchen Unsinn vorgeschlagen hat; aber viel wichtiger scheint mir, daß die Vereinigten Staaten sich in ihrer offiziellen Politik in diesen Dingen immer ungeheuer positiv verhalten haben und kaum viel Anlaß zu Kritik geben.

Daß die Afro-Asiaten einen ständigen Ratssitz im Sicherheitsrat haben sollten, mit dem das Recht des Vetos verbunden ist, ist ein Vorschlag, dem kein vernünftiger Mensch widersprechen wird. Aber wie ihn verwirklichen? Praktisch könnte es sich nur darum handeln, Indien diesen Sitz zu geben, doch wäre das nur durch eine Änderung der Charta möglich, die die Zustimmung Moskaus zur Voraussetzung hat. Vorläufig waren von dort nicht einmal Zustimmungserklärungen z. B.

zur Vermehrung der Sitze im Wirtschafts- und Sozialrat zu haben, der insofern so wie 1946 nur 18 Mitglieder haben darf. Jedes westliche vernünftige Verlangen für eine Reform der Charta würde die Sowjetunion mit der Erneuerung ihres „Trojka“-Vorschlags beantworten, der die Vereinten Nationen vollends zugrunde richten soll. Man kann also diese Dinge nicht behandeln, ohne die Gesamtsituation in der Welt in Betracht zu ziehen.

Schließlich noch ein Wort zur Terminologie. Müssen wir wirklich „Rotchina“ sagen, wenn wir das kommunistisch-regierte China meinen? Der Gebrauch der roten Farbe ist kein kommunistisches Monopol. Auch die Abkürzung UNO ist nicht korrekt. Sie geht auf ein frühes Stadium zurück, als man den geplanten Völkerbund-Ersatz „United Nations Organisation“ nennen wollte. Man ist, zumindest im Englischen, später davon abgekommen. Der englische Text der Charta spricht nur von „United Nations“, so daß nur die Abkürzung UN richtig ist. *Dr. J. W. Brügel, London*